

Arbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands!

Wir brauchen euch nicht mehr zu sagen, wie bedeutungsvoll für eure und des deutschen Volkes Zukunft die politische Entscheidung am 31. Juli ist. Der Kampf um die Rechte und die Interessen der Arbeiterklasse ist aber mit der Reichstagswahl nicht beendet. Er wird in verschärfter Form andauern und mit gesteigerter Kraft geführt werden müssen. Dazu sind mehr denn je starke Organisationen notwendig.

Walt ihr den Kampf um eure Zukunft bestehen, neue Gefahren abwehren, die unter dem schweren Druck der Wirtschaftskrise verlorenen Stellungen zurückgewinnen, dann stärkt die Gewerkschaften!

Beantwortet die Angriffe gegen die verfassungsmäßige Ordnung und das demokratische Recht damit, die Kräfte der Organisationen für die entscheidende Stunde zu höchster Leistungsfähigkeit zu steigern. Jeder werbe von heute ab mit verstärktem Eifer neue Mitglieder für seinen Verband!

Berlin, den 21. Juli 1932.

Vorstand und Ausschuß des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes.

Kundgebung des Internationalen Gewerkschaftsbundes an die deutsche Arbeiterschaft.

In dem Augenblick, wo die deutsche Arbeiterklasse mitten im entscheidenden Abwehrkampf gegen die vereinten Mächte der Reaktion steht und die deutsche Demokratie um ihr Dasein ringt, hält es der Internationale Gewerkschaftsbund für seine dringende Pflicht, der deutschen Arbeiterschaft und allen deutschen Volksgenossen, die für den Bestand der deutschen Republik und damit auch des Friedens in einem demokratischen Europa kämpfen, seine Solidarität mit aller Kraft zu bekunden.

Jeht wie früher steht für den Internationalen Gewerkschaftsbund fest,

daß Faschismus moralischer und materieller Verelendung gleichkommt;

daß Faschismus national und international eine direkte Bedrohung des Friedens bedeutet;

daß die Arbeiterklasse ihre höchsten Güter verteidigt, indem sie den Faschismus niederschlingt.

Deutsche Genossen! Ihr steht nicht allein in eurem Kampf! Wisst, daß das organisierte Weltproletariat hinter euch steht, denn ihr kämpft nicht nur für die deutsche Demokratie, euer Kampf ist auch ein Kampf für die Befreiung der Menschheit!

Sitzung des Ausschusses des ADGB.

Am 21. Juli tagte auch der Ausschuß des ADGB in Berlin. Er nahm zu den brennenden Tagesfragen Stellung. Die Aussprache ergab die einstimmige Zustimmung aller Verbandsvertreter zu der von uns an der Spitze dieser Zeitung erwähnten Kundgebung der Spitzenorganisationen aller Richtungen. Die Gewerkschaften erblicken in den Ereignissen vom 20. Juli

einen weiteren Schritt zur Untergrabung der staatlichen Autorität.

Im Namen der Millionen Deutschen, die in ihren Reihen organisiert sind, legen sie schärfsten Protest gegen diese Maßnahmen offen. Offenbar — so wurde erklärt — habe die Sorge der Reichsregierung um ihren nationalsozialistischen Anhang, der sich ohne fremde Hilfe gegenüber der gewaltigen Kräfte der deutschen Arbeiterbewegung nicht behaupten kann, sie bewogen, die preussische Regierung vom Amt zu entlassen, weil angeblich in ihren Händen die Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit nicht mehr gewährleistet sei. Demgegenüber sind die Gewerkschaften der Überzeugung, daß die bisherige unparteiische Handhabung der Polizeigewalt in Preußen den Feinden der geltenden Verfassung nicht den erwünschten Spielraum zur Entfaltung ihrer illegalen Kräfte gab. Die Arbeiterschaft verteidigt die Verfassung und das Recht.

Gerade deshalb halten die Gewerkschaften jede unbeseuene Handlung der Arbeiterschaft auch jetzt, wo ihr Rechtsgefühl aufs tiefste verletzt worden ist, für falsch. Der Wahltag am 31. Juli wird allen verantwortungsbewußten Deutschen, insbesondere der deutschen Arbeiterschaft, Gelegenheit geben,

ihren staatspolitischen Willen eindeutig zum Ausdruck

zu bringen. Diese Willenskundgebung wird zugleich die beste und schärfste Kritik an den Maßnahmen sein, zu denen sich, im Gegensatz zu der Auffassung der überwältigenden Mehrheit des deutschen Volkes, die gegenwärtige Reichsregierung gegen Preußen berechtigt fühlte. Es sei bei der Lagerung der Machtverhältnisse durchaus möglich, daß sich der Staatsgerichtshof gegen den Sinn der Weimarer Verfassung auf die Seite der Reichsregierung stellt. Das wird aber die Gewerkschaften nicht hindern, Seite an Seite mit denen zu kämpfen, die nicht den Buchstaben, sondern den Geist der Verfassung schützen wollen.

Von allen Rednern des Bundesausschusses wurde immer wieder hervorgehoben, daß der Wille zum Siege in den ganzen Jahren der Nachkriegszeit niemals stärker war als in den letzten Wochen, daß die Opferbereitschaft auch unter den Ärmsten der Arbeiterschaft, den Arbeitslosen, in allen Bezirken die höchsten Erwartungen übertrifft. Da

der Kampf der deutschen Arbeiterbewegung um ein freiheitliches Deutschland mit dem 31. Juli keineswegs abgeschlossen

sein wird, ist es doppelt notwendig, die Werbearbeit der Gewerkschaften nicht nur im Zeichen des gewaltigen politischen Kampfes zu führen, sondern mit aller Energie auch und vor allem auf die Stärkung der Organisationen zu konzentrieren, die gesamte deutsche Arbeiterschaft in den Reihen der Gewerkschaften zu sammeln und ihre Widerstandskraft gegen weitere Versuche der Entrechtung von Woche zu Woche zu steigern!

In letzter Stunde!

Diese Nummer des „Grundstein“ dürfte vor dem Wahltag am 31. Juli nicht in die Hände aller unserer Mitglieder geraten. Aber in letzter Stunde noch ein Wort an jene Kollegen, denen unser Blatt vor dieser Wahl noch zugesandt wird. Wo rum bei dieser Wahl geht es nicht, haben wir bereits in den vorigen „Grundstein“-Nummern ausreichend dargelegt. Und die neuesten politischen Vorgänge, an der Spitze dieses Blattes kurz skizziert, unter freiesichtigen diese Darlegungen. Jeht gilt es, in letzter Stunde mit verdoppeltem Eifer ans Werk zu gehen! Es gilt, die frech und übermütig gewordene Reaktion und vor allem ihre Hauptstütze, den Faschismus, entscheidend zu schlagen! Diesen mit der Reichsregierung verbundenen Faschismus, dessen Firmierung eine vierfache Lüge darstellt! Er hat seinen Namen getarnt als „Nationalsozialistische Arbeiterpartei“. Jedes Wort darin ist Heuchelei und Lüge. Diese Partei ist nicht national, die Nazis haben ihr Vorbild in Mussolini, kriechen vor ihm auf dem Bauch und verbinden sich, wenn es ihren Gewaltzwecken dienlich erscheint, mit den ärgsten Feinden Deutschlands. Sozialistisch ist diese Partei erst recht nicht, sie ist vielmehr der ärgste Feind des Sozialismus und ein Verbündeter des Kapitalismus aller sozialistischen Ideen in Deutschland, der sogenannten Deutschen Volkspartei, der Partei der Schlotbarone und Scharfmacher. Hat es doch der „Führer“ Hitler festgelegt, daß dieser illustren Gesellschaft unternehmerfreundliche Vorträge zu halten und seine Nazihäße mit Zuwendungen aus diesen Kreisen spicken zu lassen. Zum Dank dafür hat

die Nazi-Partei der Deutschen Volkspartei Liffenverbindung bei dieser Reichstagswahl angeboten. Dies geht klar hervor aus einem Brief, den Dingeldey am 4. Juli an den Nazi-Hauptling und Heimkehrer Friedrich gerichtet hat. In diesem Brief heißt es, Fried habe die Freundschaft gebot, auf der Reichstagswahl der Nazis Liffenverbindung mit der Deutschen Volks-

partei anzubieten. Das Angebot sei jedoch überholt, da mit der Hugenberg-Partei in dieser Richtung bereits Abmachungen getroffen worden seien, um zu verhindern, daß zur Herstellung einer Reichsmehrheit im Reichstag Stimmen verloren gehen. — Die Nazi-Partei ist auch keine Arbeiterpartei. Als Mitglieder und Öänner der braunen Herden bekennen sich Prinzen, Fürsten, Generale, Freiberren, Barone und nicht zuletzt die schamlosesten Schwerindustrieellen. Die braune Schutzgarde besteht allerdings vor allem in den unteren Stufen aus iredenden Proleten, die teils aus Mangel, teils aus ausrot der Noterwerbungsbedürfnisse angezogen haben. Wenn sie sich anmerben lassen, bekommen sie in ein Handgeld und dann fähige Verpflegung und 50 % für Zigaretten. Daß sich unter diesen angezogenen Landknechten und Soldnern auch ehemalige kriminelle 3uchhäuser befinden, läßt diese „Arbeiterpartei“ ohnlos nicht. Beim preussisch-deutschen Kommit wurden ehemalige Zuchthäuser nicht für würdig befunden, den bunten Rod zu fragen, dagegen ist die braune Noterwerbungsbedürfnisse für alle da, die sich Hitler mit Heut und Saar verschreiben. Und derlei zusammengekauften Zeug nennt man „Deutschlands Erneuerer“. Nun die vierte Lüge: Die Nazis sind auch keine Partei. Ihr Hauptling, Goebbels, hat es erst kürzlich im Rundfunk verkündet: Sie seien keine Partei, sondern eine „Bewegung“. Folglich vier Lügen in einem Titel!

Die Nazis tolerieren das Reichskabinett der Hitler-Barone. Sie streifen dies zwar krampfhaft in ihren lügenhaftesten Flugblättern ab, aber ihre Zeitungen stehen dem gegenüber. Der Barone und Freiberren stets freundlich gegenüber. Diese Barone und Freiberren zeigen von ganz besonderem „deutschen“ Geiste! Die von uns bereits früher veröffentlichten Dokumente des Deutschen Herrenklubs beweisen klipp und klar das enge Bündnis zwischen der Nazi-Partei und dem Reichskabinett. Diese Abmachungen lassen sich

fröh Millionen Flugblättern nicht ablenken. Neuerdings hat auch die „Germania“ den Beweis für dieses Bündnis erbracht. Danach hat der Reichshauptmann von Pape am 3. Juni Vertretern der Zentrumspartei gegenüber geäußert, er habe mit den Beauftragten der Partei verhandelt. Dabei hätten sich die „Nationalsozialisten“ bereit erklärt, mit den Deutschnationalen und dem Zentrum über eine Regierungsbildung in Preußen zu verhandeln, jedoch verlangten die „Nationalsozialisten“ neben andern Reichsrats das Ministerpräsidium und das Innenministerium. Ferner

verlangten die Nazi-Vertreter, die Zentrumspartei habe ihre „sinnlose Opposition gegen das Kabinett Pape“ einzustellen.

Der Reichshauptmann hat dies bekräftigt. Gibt es noch einen deutlicheren Beweis dafür, daß die „Nationalsozialisten“ das Kabinett Pape-Schleicher so sehr für ihr eigenes Kabinett halten, daß sie ihm zur Isolierung der Nazis auch noch die Isolierung des Zentrums verschaffen wollten?

Das Bündnis zwischen Pape-Regierung und Nazi-Bewegung ist damit nochmals treffend und unwiderleglich nachgewiesen und durch die neuesten Vorkommnisse doppelt unterfristet. Diese „Arbeiterpartei“ ist für die Pape-Regierung und damit voll verantwortlich für die Noterwerbungs der Nazi-Barone, die mit ihrer Noterwerbungs dem Großgrundbesitzer, dem Wirtschaftsführer, dem Unternehmer und allen, die auf einer hohen Kapitalstufe stehen, keinen Pfennig abgenommen haben, während den Arbeitern und kleinsten Angestellten unverhört Opfer auferlegt sind, während die Renten der ärmsten Witwen zusammengekrummen und den Arbeitslosen der unteren Klasse wöchentlich ein Hungerlohn von nur 4,50 M. verbleibt! Und so etwas nennt sich „Arbeiterpartei“!

Die weitere Bedingung zur Isolierung des Kabinetts Pape durch die Nazi-Partei bestand in der Aufhebung des Uniformverbots und der Reichstagsauflösung. Und das Ergebnis dieses Bündnisses, dieses jämmerlichen Verrats der Nazi-Partei an deutschen Volke? Weit über hundert Tote und weit über tausend Verwundete bedecken schon jeht das Wahl-Schlachtfeld. In den weitaus meisten Fällen waren und sind die brutalen Gemaltnaturen Hitlers die Angreifer. Gewerkschaftsführer wurden gefoltert und demotiert, zum Teil blieb es dabei allerdings beim Versteck und die Angreifer wurden mit blutigen Köpfen in ihre Nazi-Kasernen zurückgetrieben. Gewerkschaftsführer, Reichstagsmitglieder und Sozialdemokraten wurden in ihren Wohnungen durch eine feige Uebermacht überfallen, niedergeschlagen und die Wohnungen zerstört demotiert. In hunderten Fällen wurden durch die Landknechte Hitlers gegen Andersgefinnte geradezu jährlische Grausamkeiten verübt. In den Verammlungen drohen die Nazi-Führer Andersgefinnten mit Galgen und Senkerbeil und fordern ihre Herden auf zu Gemaltnen. Und die Pape-Regierung? Nirgends findet man in ihren Kundgebungen — auch nicht in der Rundfunkrede Papes — eine auch nur gelinde Verurteilung dieser Grausamkeiten und Brandreden. Immer schiebt man die Schuld an den blutigen und vandallischen Zusammenstößen nur den Kommunisten zu! Wir geben zu, daß bisher in manchen Fällen auch die Kommunisten die Angreifer waren. Bruch erzeugt Gegenbruch. Aber diese einseitige Parteimeinung des Pape-Kabinetts zeugt von seiner engen Verbundenheit mit diesen „Erneuerern Deutschlands“! Wie die Reichsregierung allerdings die oben skizzierten Ueberfälle, wobei

die Mitschuld der Herden Hitlers offenbar und unabweigbar

ist, als „Verteidigungsmaßnahmen“ erklären oder sie ebenfalls den Kommunisten an die Reichshäpfe hängen will, bleibt ihr Geheimnis...

Nach sei ein Vorgang vom 19. Juli in Preussischen Staatsrat erwähnt. Der Preussische Staatsrat verlangte, die Pape-Regierung solle auf die Reichsregierung mit stärksten Mitteln einwirken, um die Aufhebung des Uniform-Verbots rückgängig zu machen. Als der Sozialdemokrat Meerfeld dies zu machen, als der Sozialdemokrat Morde und Ueberfälle der Nazis auf deutsche Mitbürger schiderte und derurteilte, verließ schon vor seiner Rede der Reichsinnenminister von Gopl den Saal. Davon will dieser Reichsinnenminister nichts hören! Er will die Wahrheit nicht hören! Einmalige Maßnahmen gegen die Landknechte Hitlers in irgendeiner Form wären ja wider die Abmachungen, würden das Bündnis fören!

Nun, Kollegen, jeht am 31. Juli aus dieser kurz gedragten Darlegung die Aufgabenstellung! Wir haben euch in der letzten Zeit in jeder Woche eindringlichst dargelegt, warum es bei dieser Reichstagswahl geht. Die letzten politischen Gewaltvorgänge beweisen es sehr deutlich. Es geht um eure sozialen Rechte, um euer Arbeitsrecht, es geht um eure politischen Rechte, um euer Staatsrecht, es geht um eure soziale Rechte, um euer Arbeitsrecht! Die geringe Reaktion mit der Meinungsfreiheit in Deutschland anhebeln, das Koalitionsgesetz erbrechen und die Arbeiterschaft zu willenlosen Sklaven des ausbeuterischen Privatkapitals herabdrücken! Kämpft in gefolterter Pfalng gegen die Todfeinde des deutschen Volkes und deren vornehmlichste Schutztruppe, gegen die Nazi-Partei, deren Titel allein schon eine vierfache Lüge enthält, stimmt geschlossen für die Sozialdemokratische Partei! Sie ist in Deutschland die einzige politische Macht, die sich schühend vor euer Rechte stellt! Alles andere ist Hohnheit und Prahlerei, ist Arbeiterverpflichtung und ebe, läugerische Scheinmoral oder jämmerliche Selbstheil! In euer Eiferen Front, an uneren Hammerfisteln müssen die finsternen Anschläge rückwärtsloster Reaktion machlos zerbrechen! Wählt am 31. Juli

sozialdemokratisch!

Arbeitsdienstpflicht in Sicht!

Die Reaktion bereitet vielfache entscheidende Schritte vor. In einer Veränderung vom 16. Juli ist nun der freiwillige Arbeitsdienst in neuer Fassung verkündet worden. Am 18. Juli ist der Präsident der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung Dr. Spruy zum Reichskommissar für den freiwilligen Arbeitsdienst ernannt worden. Mit der Ernennung dieses Mannes ist den Nationalsozialisten vorläufig ein Strich durch die Rechnung gemacht worden. Diese beabsichtigten durch einen Kommissar aus ihren Reihen den freiwilligen Arbeitsdienst in Arbeits-

dienstpflicht zu verwandeln und aus dieser Institution eine

Zucht- und Drillanstalt zu machen. Nach der Verordnung soll der freiwillige Arbeitsdienst bestehen bleiben und jungen Deutschen Gelegenheit geben, zum Nutzen der Gesamtheit in gemeinsamen Diensten freiwillig ernste Arbeit zu leisten und sich zugleich körperlich und geistig-fähig zu erziehen.

Die Arbeitsregierung hat der Verordnung eine Erklärung beigegeben, in der sie ausführt, daß die Einrichtung weiter ausgebaut werden soll, worauf es wörtlich heißt: „Der Reichskommissar wird beauftragt, über seine Erfahrungen zu berichten und ein Gutachten über die notwendigen Voraussetzungen und die zweckmäßige Form einer Arbeitsdienstpflicht zu erstatten.“

Am 31. Juli entschied das stimmberichtigte Volk auch darüber, ob die deutsche Jugend hinfort in einer Zuchtanstalt, Arbeitsdienstpflicht genannt, von rücksichtslosen Elementen geschnitten und getreten werden soll!

Antwort an Hitler und Hitler.

Am Mikrophon der Deutschen Welle, die aufzuordnen der Münchener Apotheker mit dem schönen, deutschen Vornamen Gregor übernommen hatte, dessen Träger aber für Reichsverbande auf den Namen Strahler hört und Reichstagsabgeordneter ist, der ferner entsprechend der Parole „Deutschland erwache“ von Hitler als bismarckspreußischer Ministerpräsident bezeichnet wurde, nach diesem Mann durfte Herr Hitler kürzlich die rabiotischen Volksgenossen mit dem Arbeitsdienstpflichtgedanken beglücken. Es soll zwar viele Rückkopplungen und noch viel mehr Hörer gegeben haben, die ihr Radio abstellten. Das hätten sie nicht tun sollen, denn über das Dritte-Reich-Paradies sollte sich jeder vor seiner Abreise in dieses Schlaraffenland orientieren. Das „Deutschland erwache“ sollte auch in dieser Hinsicht befolgt werden. Die Rede vor dem Mikrophon spricht im wesentlichen dem, was wir schon von Herrn Hitler gehört haben, nur legte er sich auch hier entsprechend dem Hörerkreis einige taktische Beschränkungen auf.

Von den uns aus unterm Leserkreis zugegangenen Zeugnissen bringen wir einige zum Ausdruck, die als Gegenstück zu der hitlerischen Auffassung über Arbeitsdienstpflicht dienen mögen.

Die „mustergültige“ Stahlhelmkolonne.

Kollege Otto Linke, Bauwerkmeister, Kleinig, schick uns einen Auschnitt aus den „Breslauer Neuesten Nachrichten“. Sie melden, daß die Guleitung des Stahlhelms durch die Aufstellung einer Stahlhelmkolonne in Langendorf, Kreis Zoppo bei Gletwitz, eine „mustergültige Organisation“ im freiwilligen Arbeitsdienst geschaffen hat. Das Gut Langendorf wird von der Oberschlesischen Landgesellschaft zur Zeit aufgeführt. Mit dem Bau von 40 Siedlungshäusern ist bereits begonnen. Im April begann die Stahlhelmkolonne mit einem Trupp von zunächst 20 Männern — Zimmerleute und Bauarbeiter — mit dem Bau von Wohnbaracken, um die Stahlhelm-Handwerker und Bauarbeiter aufzunehmen. Heute sind dort 180 Stahlhelmer im freiwilligen Arbeitsdienst beschäftigt. Diese Zahl gedanke man ständig zu erhöhen, so daß im Laufe des Juni etwa 230 Stahlhelmer dort untergebracht sind. Unter der Stahlhelmschule spielen sich in einem Barackenlager das ganze Innenleben der Stahlhelm-Arbeitsdienstpflichtigen ab. Alles ist wie beim Kommis. Es gibt Stahlhelm-Sturmführer, Kameradschaften, Handwerkerzünfte, Revierführer, Schusterwerkstatt, Stahlhelm-Gammlater, und die Hausfrauen fertigen selbst die Wurst an für das Abendessen. In den großen Kellern wird „vorzügliches Essen“ hergestellt, das von den vielen Besuchern des Lagers als mustergültig anerkannt werden ist. Alles ist kalorienreich. Wenn die Arbeitszeit fähig an sich auch nur 8 Stunden betrage, so werden doch fast täglich für die durch häufigen Regen ausfallenden sowie für die Sonnabendnachmittag und Montagnachmittag ausfallenden Arbeitsstunden, muß ein großer Teil der Stahlhelmer Sonnabend nach Hause fährt, 10 Stunden gearbeitet.“

Die Oberschlesische Landgesellschaft ist die staatliche Siedlungsgesellschaft für die Provinz Oberschlesien. Sie allein bekommt es fertig, allen Verfügungen und Verordnungen der Regierung, daß nur zusätzliche Arbeiten ausgeführt werden sollen, zu trotzen. Auch das Arbeitsamt ist ausgegliedert. Sehr richtig bemerkt der Einfache, daß es interessant sein müßte, eine Kalkulation der Arbeiten von der Siedlungsgesellschaft zu bekommen. Daß die Arbeitsdienstpflichtigen nach zehnstündiger Arbeit noch Sport treiben können, ist ja beinahe eine Wunderleistung, wofür sie wohl, auch mit Recht, „preiskrönt“ worden sind. Wofür erhalten sie für ihre Arbeit allerdings auch keinen Lohn.

Arbeitsdienst ist arbeiterfödig.

Kollege Herbert Böhme, Freienwalde (Ober): „Es wird wohl keinen Kollegen geben, der den Arbeitsdienst ohne weiteres befürwortet. Jeder denkende Mensch sollte eine solche „Entsagung“ des Arbeitsmarktes ablehnen. Der freiwillige Arbeitsdienst wird von den „nationalen“ Organisationen fast in Anspruch genommen. Auf dem Jugendhof Hofsch bei Wals in Gohlsheim, wo ein Spiel- und Sportplatz gebaut werden sollte, wurden die „Arbeitsfreiwilligen“ wegen schlechter Witterung mit der Reparatur mehrerer hundert dreifelhler Matrasen und mit Hausarbeit beschäftigt. Der Dienst selbst war der sonst übliche. Auch die „Erziehung“ wurde nicht vergessen, indem nationale Lieder gesungen wurden. Die Bezahlung war ganz unregelmäßig. Ein Teil bekam nur Essen, andere wiederum auch Kleider und ein Taschenband bis zu 50 „ täglich. Viehlich werden die Verhältnisse beim Waldhof Templin sein, der durch einen Ausbruch auf der Stempelfelle, aus dem allerdings

nichts Näheres zu ersehen war, Jugendliche für sein „Arbeitslager“ suchte. Die Idee des freiwilligen Arbeitsdienstes müssen wir aus Prinzip als gewerkschaftschädigend ablehnen. Da aber bereits viele Gelder für den freiwilligen Arbeitsdienst flüssig gemacht worden sind und viele „nationalen“ Verbände für sich den Arbeitsdienst in Anspruch nehmen, müssen wir für den Arbeitsdienst in Anspruch der Arbeiterschaft das Geld für sich ausnutzen soll. Die Taktik erfordert es jedenfalls, danach zu streben, daß sich die Arbeiterschaft durch den freiwilligen Arbeitsdienst Erholungsstätten, Spiel- und Sportplätze schafft, die sonst nicht hergestellt werden könnten. Die Bauarbeiterschaft muß versuchen, in schon bestehenden Arbeitslagern Einfluß zu gewinnen, um der nationalen Seuche Einhalt zu gebieten und unsere Ideen dort zu vertreten.“

Leben wir in Liberia?

Kollege Hermann Jfmann, Neuhöfen, läßt sich wie folgt über den Arbeitsdienst aus: „Welcher Unterschied ist zwischen den Republiken Liberia und Deutschland? Liberia ist eine Republik und liegt in Afrika, Deutschland ist eine Republik der Zivilisation und liegt in Europa. In Liberia hat man im vorigen Jahre die Sklaverei abgeschafft. In Deutschland brüht man seitdem über Gedanken, wie man die Sklaverei einführen kann. Allerdings nennt man es hier „Arbeitsdienstpflicht“. Als in Liberia die Sklaverei

Die Hitlerleute wollen den deutschen Arbeiter aus Hakenkreuz schlagen!



Wehrt die Nazis ab! Wählt Sozialdemokraten: Liste 1.

bestellt war, da schlug die ganze deutsche Presse Purzelbäume über den Fortschritt der Kultur. Heute unterhält man sich über die Arbeitsdienstpflicht so wie über eine Badereise. Man will damit die Krise beilegen. Das heißt doch den Teufel durch den Besäuber austreiben. Die Arbeitsdienstpflicht hätte einen kulturellen Wert, wenn man Arbeitslose anpannen wollte! In Deutschland aber wollen mehr als fünf Millionen Menschen arbeiten. Liberia und Deutschland, Licht und Finsternis, Kultur und Reaktion, Schwarz und Weiß. Hoffen wir, daß es der neuen Regierung gelingt, diese beiden Länder unter einer Krone zu vereinigen.“

Wir wollen kein Arbeitszuchtshaus! Am 31. Juli wird die Arbeiterschaft der Nazis beweisen müssen, daß in Deutschland Arbeit nach den Plänen der Gewerkschaften geschaffen werden muß und daß die Arbeiterschaft bereit ist, dem von den Nazis geplanten Umbau der deutschen Republik zu einem Arbeitszuchtshaus, zu einer nationalistischen Kaserne, den schärfsten Widerstand entgegenzusetzen.

Der Kampf

um das Reichsarbeitsministerium ein Symbol. Noch vor der ersten Notverordnung der Papen-Regierung hat der bekannte Sozialpolitiker Professor Jaström in der „Sozialen Praxis“ zum Kampf gegen die Feinde der Sozialpolitik aufgerufen. „Das Reichsarbeitsministerium ist zum Symbol des Wahlkampfes geworden!“ schreibt er. „Seinem temperamentvollen Auffass, den er bezeichnenderweise, „Die Abtragung des Reichsarbeitsministeriums“ überschreibt, entnehmen wir die folgenden, die Situation trefflicher kennzeichnenden Ausführungen: „Welcher Tiefstand sozialpolitischer Bildung muß erreicht sein, wenn man meint, man könne noch von einer Verbesserung reden, wo die Auszahlung davon abhängt, ob der Bedürftige auch arm genug ist, um die Auszahlung nötig zu haben. Wie wenig müssen sich auch die Anhänger der Bedürfnisfrage mit der Lage der Volksklassen, für die sie sorgen wollen, beschäftigen haben, wenn sie meinen, es kämen in diesen Volksklassen Nichtbedürftige anders als in seltenen Ausnahmen vor...“

Und — wie madt man das, daß man ein Erbsenmin-

num herabschleift? Wird das Minimum etwa geringer, wenn man in den Paragraphen eine geringere Zahl hineinschreibt? „Nach deutlicher als in Fragen der Arbeiterverflechtung zeigt sich die Fremdeheit der Regierenden gegenüber allem, was Volk ist, in dem zweiten großen Zweige der Arbeitspolitik: im Arbeiterfödig. Die Worte, mit denen der neue Reichshangler

Kraft staatlicher Eingriffe die „gottgewollte organische Regelung der Dinge“

als unantastbar empfiehlt, werden als Verheißung an die Kreise aufgefaßt, die eine Abschaffung oder Maffassung der Tarifverträge haben wollen. Der ganze Arbeiterfödig ist staatlicher Eingriff, und wichtiger als die Reihenfolge der bevorstehenden Bekämpfungen ist die prinzipielle Begründung, die ihnen schon jetzt mit programmatischer Schärfe vorangeführt wird, als Kampfsang im Namen der „gottgewollten“ Ordnung.

Es war die Zeit des Sozialengesetzes, wo jeder, der es unternahm, die bestehenden Volksklassen über das aufzuklären, was von den Besitzlosen gedacht und empfunden wird, als ein Feind der gottgewollten Ordnung hingestellt wurde. Die Ideale unserer Jugend rufen uns wieder. Und sie rufen uns mit frischem, fröhlichem Klang. Es geht zum Kampf!

Die erste Schlacht in diesem Kampf wird am den Bestand des Reichsarbeitsministeriums geschlagen. Das Ministerium, das im Reich abgekürzt „Ernährungsministerium“ genannt wird, ist ungefähr daselbe, dem man in Preußen den abgekürzten Namen „Landwirtschaftsministerium“ gibt. Wird die Siedlungsabteilung aus dem Arbeitsministerium hierher verlegt, so ist sie den Großgrundbesitzern ausgeliefert, das ist den Kreisen, die bisher erfolgreich bestrebt waren, die Siedlungen zu verhindern. Daß die Regierung nicht mehr ausbleibendes Verständnis finden werden, soll nicht behauptet werden. Aber im Arbeitsministerium befindet sich die „Fürsorgeabteilung“ in einer Atmosphäre der hilfreichen Hand. Das Wirtschaftsministerium, wie kein anderes von der gewaltigen Einengung durch den Versailles Vertrag bedrückt... wird wenig geneigt sein, für die Erhöhung harter Renten neue Gelder zu verlangen, wenn es bestärkt muß. Bewilligungen für seine Hauptaufgaben damit zu gefährden.

Am deutlichsten sprechen sich die Absichten in der Veränderung aus, aber die als geplantes

Schicksal der Lohn- und Tarifabteilung

berichtet wird. Das Reichsarbeitsministerium, dem diese Abteilung zugeordnet sein soll, ist aus dem Bedürfnis hervorgegangen, den wirtschaftlichen Interessen in Handel und Gewerbe, als deren Träger die Unternehmer gedacht sind, eine ausgiebigere Vertretung zu schaffen, als ihnen in dem an- und ausgemachten Aufsichtskreis des „chemischen Reichsamts des Innern“ zuteil wurde. Aus diesem Ministerium stammt der Sprachgebrauch, die Wirtschaft zu sagen, wenn man die Unternehmer meint. Das Arbeitsministerium aber setzt die Tradition fort, die in Krankenkassen und Versicherungsanstalten, in Gewerkschaften, Einigungs- und Schlichtungsämtern den Interessen der Arbeiter eine gleichberechtigte Vertretung gemeinsam mit denen der Arbeitgeber geschaffen hat. Die Zuziehung von Arbeitern ist im Reichsarbeitsministerium ein bloßes Zugeständnis, während im Reichsarbeitsministerium der paritätische Gedanke das lebendige Prinzip ist und die Luft bestimmt, in der die Abmüßungsorgane sich wohnlich.

Weit verbreitet ist die Annahme, daß es nur noch eine Möglichkeit gibt, das Reichsarbeitsministerium zu erfassen: indem man den in Aussicht gestellten Verkleinerungen zustimmt. Ein solches Ziel würde den Kampf nicht lohnen. Das Reichsarbeitsministerium (und ebenso das preussische Wohlfahrtsministerium) hat schon jetzt einen schweren Stand. Werden ihm Teile genommen, an deren sachgemäße Erledigung auch andere Ressorts ein Interesse haben, dann ist es vollends um sein Ansehen gebracht. Es wird dann, in gutem Berlinisch ausgedrückt: ein Ministerium „driftender Gasse“. Es wird ein Ministerium zur Verächtlich- und Verdächtigmachung der Sozialpolitik.

Die Abtragung dieses Ministeriums wirkt schlimmer als seine Abschaffung.“

Jaström fordert zum Schluß seiner mutigen Worte die Einheitsfront der deutschen Sozialpolitiker ohne Unterschied der Partei gegenüber der Sozialreaktion. An den Gewerkschaften wird es auch in diesem Kampf nicht fehlen!

Der Streit an den süddeutschen Tiefbaustellen.

Im Verlauf des letzten Frühjahres ist es im Berggewerbe, solange die von den Schlichtern ausgeprochenen Lohnsätze nicht verbindlich waren, zu einer ganzen Reihe von Streiks gekommen, die fast ausnahmslos zu dem Erfolg führten, daß der Lohnabbau wesentlich geringer wurde als ursprünglich geplant war. Mit der Verbindlichkeit mußten diese gewerkschaftlich geführten Streiks erliegen sein, weil sonst die Gewerkschaften von den Unternehmern für den entstandenen Schaden finanziell haftbar gemacht werden konnten. Anders spielten sich die jetzt verfloßenen Streiks an sechs großen süddeutschen Tiefbaustellen ab. Dort streikte man nicht, solange die Möglichkeit bestand, sondern erst nachdem die Verbindlichkeit ausgedröhen war. An den sechs Baustellen Rhein-Kraftwerk Klein-Aemes, Rhein-Kraftwerk Lützel, Strichhorn und Rodenau, Eisenbahnbau Lützelingen-Hattlingen, Rhein-Kraftwerk Dager-Albbuck und Schluchsewerk war die Zahl der Organisierten in der Gesamtheit nur eine Minderheit, wenn auch einzelne Gruppen von Facharbeitern in der Leberzahl organisiert waren. In diesen Baustellen setzten sich in der letzten Waimoche kommunistische Landtagsabgeordnete aus Würtemberg und Baden für den Streik ein. Die „Streikproklamation“ ging ungefähr nach folgendem Muster vor sich: An der Baustelle erschienen kommunistische Abgeordnete, schimpften in der Belegschaftsversammlung auf die „reformistischen Vertreter“ und machten sie verantwortlich für den Lohnabbau. Wer nicht umsonst schaffen wollte, der solle die Hand aufheben. Da niemand umsonst arbeiten will, sagen alle Hände in die Höhe. Das war dann der „einstimmige Beschluß“ zum Streiken. Die Baustellen, an denen man nicht „willig“ war, wurden ausgerufen. Dann wurde eine zentrale Streikleitung gewählt, in der aber nicht die Nazis, sondern die Nazis das Selt in der Hand hatten. Eine merkwürdige Wahrnehmung für den, der weiß, daß bei verschiedenen Groß-

Firmen des Baugewerbes besonders in jener Gegend seit Jahren die Nazisystematisch gezielte wird. Am vierten Tage nach der Eröffnung des Streikes reichte nun diese sogenannte zentrale Streikleitung den Unternehmern Forderungen ein auf Wiederherstellung des alten Lohntages. Später wurde die Forderung dahin geändert, daß man für jeden Arbeitstag eine Zulage von 1,10 M forderte, dazu 50 M Streikentschädigung für jeden Streikenden. Das wurde abgelehnt. Nach Wochen boten die Unternehmer 65 M tägliche Grenzzulage und eine Ermäßigung für den Preis der Bekleidung in der Kamme im Wert von etwa 30 M täglich. Dieses Angebot wäre wahrscheinlich von den Streikenden angenommen worden, wenn die zentrale Streikleitung und ihre Schutzgarde in den Belegschaftsversammlungen und ihre Abstimmlung zugelassen hätten. Gewerkschaftsvertreter hatten zu diesen Versammlungen keinen Zutritt, zum Glück, denn nun ist nachträglich die Lage nicht möglich, daß die Gewerkschaften etwa an dem schlechten Ausgang der anfänglich mit großem Eifer geführten Bewegung Schuld seien. Doch eine Ausnahme gab es: In Zutlingen gelang es dem Vertreter des Deutschen Baugewerksbundes, bei einem Besuche bei den Unternehmern Erhöhung von 4 M durchzusetzen. Im übrigen bemühte sich nun die zentrale „Streikleitung“ bei den Gemeindevorständen, den Bürgermeistern und schließlich beim Landrat, sie sollten vermittelnd eingreifen. Wegen Zutillings wurde sogar von der Nazifraktion im Wirtschaftsbereich Landtag eine große Anfrage eingebracht, wie sich die Regierung zu dem Lohnraub an den Bauarbeitern stelle.

Dies diene nur zur Veranschaulichung des Charakterbildes der Nazis. Im übrigen sei bemerkt, als vor mehr als Jahresfrist in der Aufsichtsratsitzung einer der großen in Betracht kommenden Baufirmen darauf hingewiesen wurde, jede finanzielle Unterstützung der Nazis durch die Aktiengesellschaft gehöre nicht zu ihren Aufgaben, daß von der Geschäftsleitung darauf erwidert wurde, man brauche die Nazis notwendig, um die Gewerkschaften zu niederschlagen. Selbstverständlich gab die „große Anfrage“ der Nazis den Ppt. Kiener und Murr Gelegenheit, recht tüchtig auf die SPD, auf das „System“ und auf die wirtschaftsberühmte Regierung zu schimpfen. Daß daneben auch die KPD von ihren Bundesorganen einseitig angegriffen bekam und Gregor Straßer extra zu einer Demonstrationsversammlung nach Zutlingen beordert wurde, um dort mit echter Herrschenscheit den Streikenden 50 M von seinem Rednerhonorar zu überweisen, gehört zur Abrundung des Bildes. Der wirtschaftsberühmte Wirtschaftsminister Dypert antwortete Kiener, ein Teil der Arbeiterschaft in Zutlingen verhandele mit den Unternehmern wegen Annahme des gefällten Schiedspruches. Darauf Kiener: „Die Arbeiter am Bahnbau Zutlingen-Sattlingen sind nicht die Person des Juden Rosenfeld, sondern das sind 240 Bauarbeiter, die jetzt sechs Wochen lang durch einen Streik für ihr Recht kämpfen...“ Und weiter sagte er: „Ich habe festgestellt, daß der gesamte Mittelstand in Zutlingen reiflos hinter den Streikenden gestanden hat und heute noch steht, daß der Mittelstand in Zutlingen die Streikenden mit Lebensmitteln unterstützt und ihnen unter die Arme gegriffen hat.“ Schließlich empfahl er dem Wirtschaftsminister, mit Dickel und Schaufel für 57 M in Zutlingen zu arbeiten. Also „radikal“ bis in die Pupillen...

Richtig ist, daß sich sowohl in Zutlingen wie in Dogen-Abbruch die Streikenden nur dadurch erhalten konnten, daß sie bei den Geschäftsleuten, bei den Bauern und durch die Feldhände der U.S. materielle Unterstützung wurden. Bei der Besprechung jener großen Anfrage hat dann der Nazi-Pg. Murr den Ppt. Kiener weiter gelassen. Nun darf man aus dem Namen Rosenfeld (unseres Geschäftsführers in Zutlingen) nicht etwa schließen, daß er Jude sei. Das ist er ebenso wenig, wie man aus dem Namen Kiener auf einen Juden schließen kann und aus dem Namen Murr auf einen Kater schließen kann.

Die Streiks in Klein-Kembs und an den Redar-Staustufen brachen nach einigen Tagen zusammen. In Dogen-Abbruch am 1. Juli, am Schluß der Woche und in Zutlingen am 2. Juli wurde das Streikende lang gestreikt, ohne daß sich die Unternehmern, wie sonst üblich, um Streikbrecher bemühten. Als vor zwei Jahren an Moselkanal in Loßringen gestreikt wurde und die Gewerkschaften diesen Streik führten, schleppten die Unternehmer in dem gleichen Zeitraum etwa 12 000 Streikbrecher herbei, die dann zum größten Teil von den gewerkschaftlich organisierten Arbeitern wieder abtransportiert

Killer Anno 1942.

Ein schöner Sommerabend wie auch die deutsche Autarkie neigen sich ihrem sonnenüberglänzten Ende entgegen. Der jedem besseren Wochenchaubesucher bekannte Führer empfing mich zum Interview. Wir saßen in seinem schlichten Zwölfsimmer-Wochenendhäuschen in den bayerischen Bergen und nahmen uns mit gereiztem Wohlwollen zu gegenseitigen Kenntnis. Ich bemerkte sofort, daß der Führer seinen historischen Schnurrbart nicht mehr auf sich trug. Er bemerkte meinen erstaunten Blick: „Deutschland hat in den letzten zehn Jahren soviel Haare lassen müssen. Da wollte ich ein symbolisches Beispiel geben.“

„Sehr interessant. Aber sagen Sie bitte, wo steckt eigentlich Herr Goebbels jetzt?“

Der Führer warf mit anmutig-unmuffiger Bewegung seine angegraute Haarlocke zurück: „Ach, der hat Karriere gemacht. Er ist jetzt jetzt Syndikus bei der Westdeutschen Blechwarenindustrie.“

„Summ cuigue.“ Bemerkte ich halblaut. Da aber dem Führer dieses Thema sichtlich unergötzlich schien, fragte ich lieber nach Herrn Saupmann Röhms. Der Führer seufzte schwer: „Sie werden lachen, er ist glücklich verheiratet.“

„Wie steht es eigentlich mit dem angekündigten zehnten Bande Ihrer Memoiren?“

„Die schleichende Krise verhindert momentan die vorläufig endgültig revidierte woffelne Volksgoldschmittkurzausgabe. Die historisch getreue Wiedergabe meines letzten politischen Frühstücks wird von der Geschäftsleitung des „Reichshofs“ abgezwopfelt. Diese Leute haben eben keinen Sinn für historische Notwendigkeiten. Doch lobe ich mir meinen Jirkus Baranum. Auch dieses Jahr unternehme ich wieder meine rechte Sporttournee durch U.S. Selbst Schmelzung hat nicht annähernd so große Kaffenerfolge wie ich. Nur Marulini steht noch besser. Aber der bereift dieses Jahr Südamerika, so daß wir uns nicht in die Quere kommen.“

wurden. In diesem Falle aber begünstigten sich die Unternehmern damit, nur einmal 124 Streikbrecher anzunehmen, von denen — wie sich bei der Ankunft in Dogen-Abbruch herausstellte — 64 Nazis und 60 organisierte Arbeiter waren. Daß die letzteren, als sie von dem Streik erfuhrten, die Arbeit nicht aufnahmen, ist selbstverständlich. Für die Nazis war es nur deswegen selbstverständlich, weil ein Nazi oberster Streikbrecher war. Die 124 reisten also wieder in ihre Heimat auf Kosten der Gemeinden. Hierfür bemühten sich die Unternehmer nicht mehr um Streikbrecher. Sie sagten sich, wenn die Gewerkschaften den Streik durch Propaganda und Geld unterstützen, dann handelten sie gegen den Tarifvertrag und die gesetzlichen Bestimmungen. Folglich können sich die Unternehmer schuldig halten an den Gewerkschaftsaktionen, und im übrigen ist die „Gewerkschaftsmacht“ der Nazis und Kogis nicht zu fürchten. Hätten jedoch die Gewerkschaften eingegriffen, um den Konflikt auf dem Verhandlungswege zu beenden, dann konnten die Nazis und Kogis vereint über die Gewerkschaften schimpfen und ihnen „Klassenverrat“ vorwerfen. Folglich blieben die Gewerkschaften passiv. Ja, und dann begriff auch die „zentrale Streikleitung“ mit der Zeit, daß der Streik ergebnislos verlaufen würde, wenn man nicht bald Schluß machte. Der Landrat des Kreises Waldshut wurde von ihnen verlangt, an den Reichsverband industrieller Bauunternehmungen mit den Gewerkschaften über die Beilegung des Konfliktes zu verhandeln, an den Verhandlungen könne auch eine Abordnung der Belegschaft teilnehmen, wenn sie von dieser mit ordentlichen Vollmachten versehen und in geeigneter Abstimmung gewählt sei. Gleichzeitig hatte sich der amtliche Schlichter, Herr Dr. Kimmich, Karlsruhe, um die Beilegung bemüht und die beidseitigen Vertreter der Gewerkschaften und der Unternehmer zu Verhandlungen eingeladen. Zu der Verhandlung erschienen dann auch einige Mitglieder der „zentralen Streikleitung“ unter der Führung des obersten Streikleiters Braun. Die Gewerkschaftsvertreter weiterten sich, gemeinsam mit diesen Leuten zu verhandeln wegen der fortgesetzten Beschimpfungen und der Hege gegen die Gewerkschaften. Der Vertreter der zentralen Streikleitung erklärte daraufhin, sie hätten nicht gegen die Gewerkschaften gehandelt worden. Das war natürlich Schwindel. Auch der Syndikus des Unternehmerverbandes lehnte, da die obengenannten Voraussetzungen nicht erfüllt waren, Verhandlungen mit dieser „Streikleitung“ ab. Die Verhandlung verlief ergebnislos. Daraufhin schrieb die „zentrale Streikleitung“, unterzeichnet Braun und Kramer, am 30. Juni folgenden Brief an den Landesschlichter Dr. Kimmich:

„Wir kommen zurück auf unsere gestrige Besprechung und möchten Sie nochmals höflichst ersuchen, zu den stattfindenden Verhandlungen zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer uns rechtzeitig benachrichtigen zu wollen und dieselben womöglich nach Waldshut zu verlegen.“

Wir stehen jederzeit zu Ihrer Verfügung und bitten Sie, dem Syndikus gegenüber sich auf das Schreiben vom 24. Juni des Arbeitgeberverbandes an den Herrn Landrat in Waldshut, betr. der Teilnahme der Belegschaftsvertreter an den Verhandlungen zu beziehen.

Wir geben der bestimmten Hoffnung Ausdruck, daß Sie sich mit uns in Verbindung setzen werden, da wir Konflikt, wie uns versprochen, noch im Laufe dieser Woche beigelegt wird.“

Aus dem folgenden Inhalt dieses Schreibens ist immerhin deutlich ersichtlich, daß die Streikenden alle ihre Forderungen preisgaben. Ihnen ging es jetzt nur noch um die Wiederaufnahme der Arbeit. Unabhängig von den Verhandlungen in Karlsruhe hatte sich indessen die Unternehmerorganisation mit den Arbeiterorganisationen verständigt, am 2. Juli in Karlsruhe zu verhandeln, wenn Dr. Kimmich dazu bereit sei. Es wurde dann auch programmatisch verhandelt mit dem Ziel, für die Redar-Staustufe, für den Eisenbahnbau Zutlingen und den Kraftwerkbau Dogen-Abbruch nach den Bestimmungen des Reichsarbeitsvertrages (§ 1) sogenannte Strecken- oder Bauverträge abzuschließen. Der Streik an sich war überflüssig, weil zwischen beiden Faktoren bereits für Dufende solcher großen Bauverträge abgeschlossen worden sind. Bei der Verhandlung ergab sich, daß für die

Redar-Staustufen keine Vertreter erschienen waren. Aus Zutlingen wurde mitgeteilt, daß auf dem geheimnisvollen Wege über die Unternehmerbüro die Streikleitung bereits am 30. Juni davon Kenntnis erlangt habe, am 2. Juli werde in Karlsruhe Verhandelt. Daraufhin hatte sie alle Nazi- und Kogianhänger und alle Unorganisierten veranlaßt, am Freitag, dem 1. Juli morgens, die Arbeit aufzunehmen, nachdem sie den Aufstellungen bereits am Donnerstag mitgeteilt hatte, die Arbeit würde zu einem Stundenlohn von 60 M für Tiefbauarbeiter aufgenommen werden. Man beachte: Der Tariflohn beträgt 65 M! Die organisierten Arbeiter blieben also zunächst draußen, weil die Nazis, Kogis und Unorganisierten alles beschloß hatten. Unseren Kollegen Rosenfeld verbleibt jetzt die Aufgabe, im Prozeßwege den Tariflohn bei den Unternehmern durchzusetzen. Für Dogen-Abbruch und Waldshut spielte sich folgendes ab: Der „Generalschlichter“ Braun hatte für seine Nazi-Pg. am Arbeitsgericht Waldshut einen Prozeß zu vertreten gegen die Arbeitsgemeinschaft Hochstief U.-G.-Bayer. Bevor es zu Verhandlungen kam, zog er die Klage zurück und erklärte dem Vertreter der Firma, das Verhandeln in Karlsruhe sei zwecklos, weil am Montag, dem 4. Juli, die Arbeit bedingungslos wieder aufgenommen würde. Das wurde den Vertretern der Gewerkschaften etwa um 12 Uhr mittags in Karlsruhe von dem amtlichen Schlichter mitgeteilt, der diese Mitteilung durch Telefon sofort bekommen hatte. Natürlich waren darüber die Verhandlungen erheblich erschwert. Wenn bis dahin Aussicht vorhanden war, eine Grenzzulage von etwa 12 M hinaus zu bekommen, so wurden sich nunmehr die Unterhändler der Gewerkschaften darüber klar, daß das jetzt fast unmöglich sei. Schließlich kam etwa 17 Uhr abends ein Schiedspruch zustande. Aber um 18 Uhr abends telephonierte das Mitglied der „zentralen Streikleitung“ Winkler um Schluß der Verhandlung sei zwecklos, am Montag, dem 4. Juli früh, würde die Arbeit zu den tariflichen Bedingungen aufgenommen. Dadurch war es vollständig unmöglich gemacht, auch nur noch einen Pfennig für die Arbeiter am Schlußtee herauszubekommen. Für Dogen-Abbruch wurde nachstehende Entscheidung gefaßt:

„In der Verhandlung vor dem Schlichter über die Beilegung des Streikes auf den Baustellen Rheinkraftwerk Abbruch-Dogen und Einlaufbauwerk Dogen schlossen die Parteien folgende Vereinbarung:

Die Parteien ermächtigen den Schlichter zur Fällung einer bindenden Entscheidung über die Beilegung des Streikes auf den Baustellen Abbruch-Dogen und Einlaufbauwerk Dogen.

Auf Grund erfolgter Zustimmung der Tarifvertragsparteien und wiederholter Bestätigung durch den Generalschlichter für die zu fällende Entscheidung des Schlichters ergibt folgende bindende Entscheidung:

1. Die Arbeit ist am Dienstag, dem 5. Juli 1932, auf beiden Baustellen nach Maßgabe der betriebstechnischen Möglichkeiten wieder aufzunehmen.
 2. Die für allgemeinverbindlich erklärten Tarifhöhe und tariflichen Bestimmungen sind für die Arbeitsverhältnisse maßgebend.
 3. Mit Rücksicht auf die besonderen Grenzverhältnisse an diesen Baustellen wird vom Tage der Arbeitsaufnahme an bis 2. August 1932 eine Zulage von 8 M und ab 3. August 1932 für weitere acht Wochen eine solche von 4 M zu den jeweiligen tariflichen Stundenlöhnen gewährt.
- Der Schlichter für den Bezirk Südbayerische Bauarbeiter: Dr. Kimmich.“

Beabsichtigt war, für Zutlingen am 3. Juli in Stuttgart zu verhandeln, um auch für die Zutlinger mindestens gleich dem von Rosenfeld (son bei einem Unternehmer) erzielten Ergebnis etwa 4 M Zulage herauszubekommen. Nachdem aber die „zentrale Streikleitung“ unter Einheitsfront der Nazi-Kogis am 1. Juli die Arbeit unter Tariflohn aufgenommen hatte, erklärten die Unternehmer, zu den Verhandlungen nicht zu erscheinen, nun sei es nicht mehr so eilig...

Der Verlauf des Streiks läßt erkennen, daß die Gewerkschaften die Lage von Anfang an richtig beurteilt hatten. Es handelte sich um einen Streik, den die Kommunisten in ihrer Dummenhaftigkeit inszenierten, während die Nazis und die Unternehmer den Erfolg davon fragen wollten. Beinahe wäre es ihnen völlig gelungen, wenn nicht im letzten Augenblick die Gewerkschaften noch etwas gerettet hätten. Wie unter solchen Umständen die „Note Fahne“ in

Ich kam zum Schluß, „Noch eine Frage, allerwertester Führer. Welches Ereignis hat in Ihrem Kampfe für das deutsche Volk den größten Eindruck auf Sie gemacht?“

„Ich würde die Schwärmerischen Seherangelegenheit; „Das Reichswehrministerium hat mich zu meinem 52. Geburtstage zum Obergeneral der Reserve ernannt. Waldur von Schirach hat die Knöpfe diktatorisch bedichtet, wollen Sie mal hören?“

„Ich mußte leider zum Kaffeetrinkungsappell, „Kommen Sie mit, Herr Führer?“ Er kam.“

Auf der Straße schnitt uns ein vorbeiegender wie auch ergrimmter Wäpger, was dem Führer offensichtlich peinlich war. „Wer ist denn das?“ fragte ich.

„Ach, der Hutmacher. Er behauptet, daß ich ihm mit dem tömischen Gruß das Geschäft vermasselt hätte. Und nun ist er böse mit mir.“

„Kaufen Sie doch bei ihm einen Splinderhut“, wollte ich gerade sagen. Da fiel mir noch rechtzeitig ein, daß der Führer ja bereits vor zehn Jahren einen verpakt bekommen hatte... (Hans Weßmann.)

Zum Jahrestag der Kriegserklärung 1914. Nie wieder Krieg!

Millionen sind elend verreckt, Millionen sootlich verreckt! Vier Jahre floß Blut um Blut, Der Mensch war veltisch statt gut!

Nie wieder Krieg! Ein Schwur, ein Wort! Nie wieder Brudermord! Zorbrecht die Waffen, seid gut, seid frei, Seid gegen Menschenschlächtere!

Hermann Nöhl.

Achtung! Wir lassen uns durch Hohn, Spott und Flugblätter nicht irreführen!
Die Minute und Stunde wird schlagen, wo die Zügel in die Hand genommen werden.
Daher wählt nur **Adolf Hitler**
Nur Hitler ist der Mann, der das deutsche Volk noch retten kann.
KARL BURMEISTER
Tierärztlich geprüfter Hengstkastrierer
Alexandrinstraße 22.

Aus dem „Rostocker Anzeiger“ vom 5. Juni 1932. Warum soll ich ein tierärztlich geprüfter Hengstkastrierer nicht für Hitler erwärmen? Die Begeisterung fürs Dritte Reich bringt er schon von Berufs wegen mit. Im übrigen spricht die Anzeige vom gefundenen Geschäftsinflink. Warum soll Hitlers Name nicht auch für solche Geschäftsreklame dienen.

Portemonnaie gefunden... In München sah ein von der Arbeit heimkehrender Arbeiter ein Portemonnaie in einer Seitenstraße liegen. Er hob den Fund auf, öffnete, und fand zu seiner nicht geringen Überraschung einen Zettel darin, auf dem folgendes zu lesen stand: „Ja, ja, glücklicher Finder, genau so enttäuscht wirst du auch im Dritten Reich sein. Lege den Zettel wieder hinein und das Portemonnaie auf die Straße, damit auch andere Optimisten daraus lernen.“

